

Entwurf GUE/NGL-Leitfaden zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft  
Arbeitspapier von DIE LINKE im EP  
8.6.2020

Am 1. Juli 2020 übernimmt Deutschland die Ratspräsidentschaft der EU. Die Bundesregierung beginnt eine neue Trio-Präsidentschaft, Portugal und Slowenien folgen. Damit führt der Mitgliedstaat die Geschäfte der EU, der wirtschaftlich am stärksten ist und am meisten vom europäischen Binnenmarkt und vom Euro profitiert hat. Deshalb kommt Deutschland eine besondere Verantwortung zu, die EU solidarisch aus der Corona-Krise zu leiten und neue Weichen zu stellen. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss endlich die Konferenz zur Zukunft Europas auf den Weg bringen, um gemeinsam mit den Menschen in der EU solidarisch, demokratisch und transparent zu beraten, in welchem Europa wir leben wollen.

Mit der Corona-Pandemie stürzte die europäische Wirtschaft in die größte Rezession seit dem 2. Weltkrieg. Die Pandemie hat damit Probleme verschärft, die Folgen einer fehlgeleiteten Politik der letzten Jahrzehnte sind. Die Mitgliedstaaten privatisierten die Gesundheits-, und Bildungssysteme, bauten soziale Sicherungssysteme ab, investierten viel zu wenig in öffentliche Infrastruktur. Die Kürzungsdiktate der EU haben den Schutz für die Bürger\*innen ausgehöhlt. Die Pandemie traf die Gesundheitssysteme unvorbereitet. Millionen Menschen wurden arbeitslos, Existenzängste greifen um sich. Jetzt ist der Zeitpunkt, die bisherige falsche Politik zu beenden. Deshalb fordern wir als Linksfraktion GUE/NGL von der deutschen „Corona-Ratspräsidentschaft“:

- ) Ein Mehrjähriger Finanzrahmen für die wirtschaftliche Erholung und die Interessen der Mehrheit statt Kürzungsdiktate und Aufrüstung:

Die EU braucht einen ehrgeizigen Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027. Zusätzliches Geld muss in die Kohäsionspolitik, den Klimaschutz, Gesundheit und mehr Solidarität investiert werden. Ohne ein erweitertes Eigenmittelsystem wird die EU diese Krise kaum bewältigen können. Dagegen dürfen Rüstungskonzerne und militärische Missionen nicht länger finanziert werden.

Die EU muss den Stabilitäts- und Wachstumspakt aussetzen und schnellstmöglich abschaffen, damit die Mitgliedstaaten in die öffentliche Daseinsvorsorge und Konjunkturprogramme investieren können. Ein Pakt für nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung soll die gescheiterten Kürzungsdiktate ersetzen.

Die EU braucht Corona-Anleihen, um die Krise gemeinsam und solidarisch zu bestehen. Hilfe über Kredite wird die Staatsverschuldung gerade in den am stärksten von COVID-19

betroffenen Ländern (Belgien, Italien, Spanien) weiter verschärfen.

Die reichsten Personen müssen mit einer Vermögenssteuer ihren Beitrag leisten, um diese Krise gemeinsam abzumildern.

## ) Unser aller Gesundheit geht vor!

Die EU-Staaten müssen in der Gesundheitspolitik endlich zusammenarbeiten und in öffentliche Gesundheitssysteme investieren. Nur so lassen sich Gefahren für die öffentliche Gesundheit, wie Covid-19, in Zukunft abwenden. Dazu braucht die EU eine europäische Gesundheitsplanung, mehr Mittel für Prävention und Kontrolle von Krankheiten, wie gemeinsame Kriterien, um Kontaktbeschränkungen und andere Notfallmaßnahmen aufzuheben oder notfalls wieder zu verschärfen.

Im Patentrecht geht die Gesundheitsprävention und der Schutz der Menschen vor den Interessen der Pharmakonzerne. Gesundheitsvorsorge für alle statt riesige Profite für Konzerne.

## ) Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

In dieser Krise wurde deutlich, welche Berufe wirklich systemrelevant sind. Diese Berufe, oft schlecht bezahlt und mit prekärer Beschäftigung, sichern unseren Alltag. Applaus allein reicht nicht, Gesundheits- und Pflegeberufe verdienen bessere Arbeitsbedingungen und höhere Gehälter. Schutzvorkehrungen, soziale und Arbeitnehmer\*innenrechte müssen für alle ausgebaut werden. Wir fordern höhere, bessere Tarifbindungen und einen europäischen Rahmen für Mindestlöhne. Die Bundesregierung setzt das falsche Zeichen, wenn sie hier auf Zeit spielt.

Die Krise hat auch die bestehenden Probleme und die besondere Schutzbedürftigkeit der Rechte von Saisonarbeiter\*innen und entsandten Beschäftigten sichtbar gemacht. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss die Verhandlung zur Verordnung zur Koordinierung sozialer Sicherung in Europa abschließen und darin entsandte Arbeitnehmer\*innen besser absichern.

In der Krise sollten EU-Staaten Geld für Lohnkostenzuschüsse oder Kurzarbeit bereitstellen, um Arbeitsplätze zu retten. Unternehmen, die öffentliche Gelder bekommen oder die Versicherungen zahlen lassen, müssen Auflagen erfüllen - wie Entlassungsverbote und keine Dividenden an Aktionäre. Gerade jetzt dürfen Menschen ihre Wohnung nicht verlieren. Wohnraum muss bezahlbar bleiben.

Genauso wichtig bleiben der Schutz und die Hilfe für Menschen, die ihre Arbeit verlieren. Auf EU-Ebene wollen wir eine Arbeitslosen-Rückversicherung. Außerdem muss die EU endlich der revidierten Europäischen Sozialcharta beitreten.

#### ) Weg zur Klimaneutralität ebnen

Die EU muss beim Wiederaufbau der Wirtschaft in eine nachhaltige Zukunft investieren. Es darf keine Abstriche bei der Umsetzung des „Green Deal“ geben. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss sich für ein zukunftsfähiges EU-Klimaschutzgesetz einsetzen. Nur wenn die EU bis 2030 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 70 Prozent reduziert, können wir der Klimakatastrophe entgegenwirken.

Wir brauchen massive Investitionen in erneuerbare Energien und eine klare Ausstiegs-Strategie aus der Nutzung fossiler Brennstoffe. Der kommende „Fonds für einen gerechten Übergang“ muss einerseits einen zügigen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern befördern und zugleich Perspektiven für die Beschäftigten schaffen. Dafür muss die EU ausreichend Geld zur Verfügung stellen. Zugleich brauchen wir mit der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ den Start für einen ökologischen Wandel auf dem Lande.

Die Artenvielfalt zu erhalten muss wie der Kampf gegen die Klimakatastrophe der Maßstab aller Wirtschaftsstrategien werden, einschließlich der Wiederaufbau-Programme nach der Corona-Krise.

#### ) Weitere Militarisierung der EU stoppen

Die EU muss gegen die dramatischen sozialen Ungleichheiten vorgehen - mit viel mehr Geld für die Struktur- und Sozialfonds. Doch das Geld wird an anderer Stelle verschwendet. Nach wie vor sollen die Militärausgaben um ein Vielfaches steigen. Der MFR enthält erstmals neue Instrumente einer europäischen Militarisierungsoffensive - wie der europäische Verteidigungsfonds, obwohl dieser nach europäischem Recht illegal ist. Geldspritzen für Rüstungskonzerne machen die Welt nicht sicherer. Deshalb stellen wir uns gegen die weitere Militarisierung der EU.

#### ) Fair handeln und Frieden sichern

Nur durch mehr internationale Solidarität und Zusammenarbeit wird unsere Welt sicherer und gerechter. Deshalb sollten Sanktionen und

Wirtschaftsblockaden, die eine Gefahr für die Gesundheit und das Wohlergehen der betroffenen Menschen sind, sofort enden.

Um den Zugang zu Patenten auf medizinische Geräte und Arzneimittel zu erleichtern, braucht die EU in allen Handelsabkommen eine Ausnahmeregelung für den Gesundheitsbereich. Die Pandemie zeigt klar: Gesundheit ist keine Ware wie jede andere und sollte gesondert behandelt werden.

Im Mittelpunkt aller Wirtschaftspartnerschaften müssen die 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO stehen, die bis 2030 umzusetzen sind. Ebenso müssen verbindliche und durchsetzungsfähige Instrumente in den entsprechenden Nachhaltigkeitskapiteln verankert werden. Die EU muss sich dafür einsetzen, die internationale Handelsarchitektur auf multilateraler und fairer Grundlage zu sichern und auszubauen. Wir brauchen endlich das EU-weite Lieferkettengesetz.

#### ) Zukünftige Beziehungen zum Vereinigten Königreich

Der Brexit kommt. Das darf die „Corona-Präsidentschaft“ der Bundesregierung nicht vernachlässigen. Die EU braucht einen Notfallplan, denn ein wirtschaftlich harter Brexit scheint unvermeidlich.

Ein (Minimal-)Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich muss einerseits soziale, umwelt-, und Verbraucherschutzrechtliche EU-Standards schützen, andererseits den drohenden Steuerdumpingwettbewerb verhindern.

Das Austrittsabkommen einschließlich des Irischen Protokolls muss transparent und nachvollziehbar umgesetzt werden.

#### ) Für eine solidarische Migrations- und Asylpolitik

Wir brauchen eine solidarische Migrationspolitik. Das aktuelle Asyl- und Migrationssystem der EU ist gescheitert. Die EU schließt ihre Außengrenzen und kriminalisiert Menschen auf der Flucht. Menschen- und Asylrecht wird mit Füßen getreten. „Pushbacks“ und Gewalt gegen Flüchtlinge, der organisierte Rechtsbruch an den Außengrenzen müssen aufhören. Die weitere Militarisierung von Frontex und die Kriminalisierung von Flüchtlingshelfer\*innen muss sofort gestoppt werden. Wir fordern, die Hotspots auf den griechischen Inseln aufzulösen und die Menschen, die dort unter grauenvollen Bedingungen leben, in EU-Mitgliedstaaten zu verteilen. Die deutsche Ratspräsidentschaft soll das Tor öffnen für eine

humane Reform des Asylsystems. Ein neuer Pakt für Migration muss diesen Stillstand überwinden. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass dieser Pakt das Asylrecht schützt, Geflüchtete in der EU gerecht verteilt und sichere und legale Wege in die EU öffnet.

## ) Digitale Bürgerrechte gegen Überwachung

Die Debatte um Corona-Apps macht es noch deutlicher: digitale Bürger\*innenrechte und Datenschutz sind grundlegend. Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche und führt zu tiefgreifenden Veränderungen. Beschlüsse zum digitalen Binnenmarkt stehen an. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die Weichen gestellt werden, um Internetplattformen umfassend und wirksam zu regulieren. Hier müssen die Meinungs- und Informationsfreiheit geschützt und gleichzeitig die dominanten amerikanischen Plattformen gezwungen werden, europäisches Recht zu befolgen.

Ebenso brauchen wir eine klare Regulierung von Künstlicher Intelligenz. Diese muss sicherstellen, dass Maschinen Menschen gehorchen und nicht anders herum. Außerdem sollten menschliche Autonomie, Diskriminierungsfreiheit und Privatsphäre im Mittelpunkt stehen. Vor allem bei Gesichtserkennung und predictive policing wird die Gefahr des allgegenwärtigen Überwachungsstaats völlig unterschätzt! Auch die Medien- und Informationsfreiheit ist betroffen. Außerdem muss die Urheberrechtsreform bald umgesetzt werden. Das muss die Bundesregierung im Blick haben, zum Wohle der EU-Bürger\*innen.

## ) Demokratie stärken und Rechtsstaat schützen

Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte, einschließlich der Medien- und Pressefreiheit, zu garantieren, gehört zu den Grundpfeilern der EU. Daran darf keine Krisenpolitik etwas ändern. Autoritäre Kräfte in der EU missbrauchen die Corona-Pandemie und die Notlage ihrer Bevölkerungen, um die Demokratie und bürgerliche Freiheiten, sowie den europäischen Kulturaustausch auszuhöhlen. Das darf die EU nicht länger zulassen, sonst kommt sie selbst unter die Räder.

Wir fordern die deutsche Regierung auf, diese Schwerpunkte während ihrer Ratspräsidentschaft zu berücksichtigen, um die EU auf den Weg einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Zukunft zu bringen.

Sonst besteht die große Gefahr, dass auch die EU der Corona-Pandemie zum Opfer fällt.